

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 11

Rubrik: Glasnost-Beispiele

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den, diese Raketen überrennen zu lassen, ohne sie einzusetzen. Dies war besonders wichtig für die Bundesrepublik Deutschland, die – im Gegensatz zu Frankreich und Grossbritannien – über keine eigenen Atomwaffen verfügt und die, im Gegensatz zu Italien, grosse sowjetische Armeen an ihren Grenzen stehen hat...»

In der Rückschau erweist sich – so Nixon und Kissinger –, «dass die NATO die Null-Option Ende der siebziger Jahre nicht hätte anbieten sollen. Aber wir haben diese Brücke überschritten. Die Sowjets haben unser Angebot angenommen. Es wäre jedoch ein tiefgreifender Fehler, das Abkommen in seiner jetzigen Form abzuschliessen. Wir müssen mindestens zwei Bedingungen stellen: 1. keine sowjetischen Mittelstreckenraketen in Asien, die, kurz hinter dem Ural stationiert, Deutschland noch erreichen könnten; 2. Verzahnung mit dem konventionellen Gleichgewicht...»

Die Erörterungen und die Mahnungen Nixons und Kissingers erübrigen jeden Kommentar.

Doch nach den neuesten Entwicklungen in Westeuropa steht einer erweiterten Null-Lösung zwischen Washington und Moskau kaum mehr etwas im Wege. Sowohl Reagan – wegen der Iran-Contra-Affäre – als auch Gorbatschow – im Hinblick auf den Widerstand gegen seine Reformvorstellungen zu Hause – stehen unter zunehmendem Erfolgsdruck im ausserpolitischen Bereich. Ausserdem können die USA schwerlich etwas im Abrüstungsbereich anbieten, was sie schon einmal angeboten haben. Wie das Abkommen aussehen wird, hängt vor allem von Reagans und Gorbatschows Nervenstärke ab.

★

In den USA verstärkt sich immer mehr die Meinung, dass die Westeuropäer die Hauptverantwortung für ihre konventionelle Verteidigung (bei parallelem US-Truppenabbau) übernehmen sollten. Kürzlich artikulierte ein konservativer Demokrat diese Überzeugung vieler Volksvertreter im US-Kongress im «Wall-Street-Journal» mit den Worten: «Alles, was den Europäern zum Aufbau einer glaubwürdigen Abschreckung fehlt, sind Wille und Anreiz.» Beides werde ein phasenweiser Rückzug der US-Truppen bewirken, und damit wird der Aufbau einer «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» provoziert. So oder so, Bonn stehen harte Zeiten bevor.

Joseph Pozsgai

Glasnost-Beispiele

Radio Moskau und Afghanistan

Das von den Sowjetmedien «schwach angefranzte Tabu Afghanistan» (siehe letzte Nummer) wird zuweilen auch von Radio Moskau angerissen, und sei es in der Form einer propagandawidrigen Hörermeinung.

Ein erstaunliches Beispiel dafür bot die abendliche Frage- und Antwortstunde vom 27. März. Verlesen und diskutiert wurde in dieser Inlandsendung das, was der 20jährige Andrej Nowikow aus der Stadt Andropow zum Thema Afghanistan geschrieben hatte. Und das war ein Text, der die bisherige offizielle Darstellung des Konflikts als Lüge brandmarkte. Hier ist der gekürzte Wortlaut:

Neulich hat unsere gesamte sowjetische Propaganda viel über die nationale Versöhnung zu berichten gewusst, die in Afghanistan stattfindet. Das ist für uns insofern von Interesse, als es im Grunde völlig dem stereotypen Bild der Ereignisse in Afghanistan widerspricht, das uns unsere sowjetische Propaganda bis anhin geliefert hat.

Der Krieg in Afghanistan wurde uns nach folgendem Muster präsentiert: Hier ein paar Renegaten und Banditen, die einen unerklärten Krieg gegen ihr eigenes Volk führen, dort die diensttuenden sowjetischen Internationalisten, welche die afghanischen Frauen und Kinder gegen besagte Banditen schützen. Unerwähnt blieb dabei die Tatsache, dass die sogenannten Duschmanen (Schimpfwort für primitive Rebellen und eine sowjetische Standardumschreibung für die Mujahedin) keineswegs eine handvoll Banditen darstellen, sondern eine Vielzahl von Menschen aus der afghanischen Bevölkerung. Ebenso unerwähnt blieb die weitere Tatsache, dass Zehntausende von afghanischen Familien ihr Land verlassen haben und in Iran oder Pakistan leben. (...)

Schauen wir uns doch einmal die Ursprünge des Krieges an. Die Widerstandskräfte der Duschmanen begannen, wie jedermann weiss, die Hilfe des Westens in Form von Waffen und Ausrüstungen erst dann zu erhalten, als die Sowjetunion ihre Truppen bereits nach Afghanistan verbracht hatte. Da ist es doch wohl flagrant, welche Intervention zuerst erfolgte.

Selbstverständlich liess Radio Moskau den Brief des jungen Mannes nicht unerwidert. Die Antwort des Kommentatoren umfasste neben bisher üblichen Floskeln immerhin auch das Eingeständnis, dass man die zahlenmässige Stärke des Feindes bisher ungenügend dargestellt habe. Die «Kräfte der Konterrevolution» umfassten «laut Schätzungen der westlichen Presse» (das macht die Darstellung für ein sowjetisches Publikum glaubwürdiger) zwischen 90 000 und 120 000 Mann. In Pakistan und Iran gebe es rund 2,5 Millionen afghanische Flüchtlinge, die ihr Land «zu verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen Gründen» verlassen hätten.

Auf jeden Fall spricht es für das Ausmass an ermöglichter Glasnost (Offenheit), dass Radio Moskau einen Hörerbrief mit dem zitierten Inhalt über den Äther sendete. Um etwas mehr Ehrlichkeit bemüht man sich doch am Radio, jedenfalls in Moskau. ■

Arbeiter streiken gegen Arbeitermacht

«Der Arbeiter kann nicht gegen die Arbeitermacht streiken.» Das war bisher das sowjetische Argument für den obligatorischen Arbeitsfrieden im Sozialismus. Gilt das noch? Auf jeden Fall wird in der sowjetischen Presse heute kundgetan,

City Bank-Anlageplus

4 1/4% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit **Bis 31. Dez. 1987**

CITY BANK

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

Diese Anlageformel interessiert mich/uns.

Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.

Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr.

(am ehesten um

Uhr) in Verbindung setzen?

Name _____ Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

dass der Arbeiter auch im Sozialismus durchaus Anlass genug hat, sich zu wehren, weil die Bürokratie seine Rechte missachtet.

Um der Wahrheit und der Vorarbeit die Ehre zu geben: zu diesem Motiv hat die Perestrojka (Umgestaltung) im Denken bereits zur Breschnew-Zeit eingesetzt, wenn auch nur ansatzweise. Damals hatte man in der Öffentlichkeit unter bestimmten Bedingungen ein zurückhaltendes Verständnis für «Arbeitsunterbrüche» (das Wort «Streik» wurde vermieden) bekundet, wenn sie zum Beispiel aus Protest gegen die Verletzung der Sicherheitsnormen in einem Betrieb erfolgten, der auf keine «korrekt» vortragene Beanstandung reagierte. Man betonte zwar, dass der Arbeiter im Sozialismus keinen Klassenkampf auszufechten brauche und deshalb auch nicht «gegen sich selbst» streiken dürfe, räumte aber die Möglichkeit von Ausnahmesituationen ein, in denen ihm nichts anderes übrig bleibe, als sozusagen die Notbremse zu ziehen.

In der Praxis wurde selbst diese vorbehaltliche Toleranz noch eingeschränkt. Man hielt sich weniger an den Grundsatz «Missbrauch wird bestraft» als an den Grundsatz «Gebrauch wird bestraft». Das galt auch für Protestaktionen gegen Zustände, die man nachträglich behördlicherseits selber als gefährlich und rechtswidrig ansah. Man behob dann die beanstandeten Übel (oder versprach es zu tun), aber nach einiger Zeit verloren die Rädelsführer des Streiks unter irgendwelchen Vorwänden ihren Arbeitsplatz, ihre Wohnung usw. So sorgte man dafür, dass sich ein Streikaufruf in keinem Falle lohnte.

So oder anders war der Normalfall der öffentlichen Behandlung von Streiks (zu denen es im-

mer wieder gekommen ist) ihre Nichterwähnung, und bei den Ausnahmen begnügte man sich mit Andeutungen. Informative Schilderungen blieben dem Samisdat vorbehalten, also dem Untergrundschiffum.

★

Grundsätzlich ist der Streik in der Sowjetunion auch heute noch strafbar und illegal, aber die Unterscheidung zwischen legal und legitim hält auch dort Einzug, wiewohl man sie nicht in dieser Terminologie trifft, sondern eher zum Beispiel zwischen «volksfeindlichen Delikten» und «verständlichem Unmut der Belegschaft» unterscheidet.

Aber Streiks sind heute in der Sowjetunion ein ausgeweitetes Thema. Bemerkenswert in dieser Hinsicht ist das, was W. Busitschkin in der englischsprachigen Zeitschrift «Moscow News» (Nr. 16-17/1987) geschrieben hat. Er bezieht sich auf einen Streik in einer Moskauer Fabrik, die er allerdings nicht beim Namen nennt. Die Arbeiter hätten sich zuvor vergeblich bei der Direktion über die schlechten Arbeitsbedingungen im Werk beschwert, und auch die «rückgratlose» Gewerkschaftsvertretung habe nichts ausrichten können oder wollen. Unter diesen Umständen habe die Belegschaft ihre Arbeitsgeräte niedergelegt, nicht zuletzt deswegen, weil sie über ihre Rechte und deren Durchsetzungsmöglichkeiten zu wenig informiert gewesen sei.

★

Aber hier einige Kernsätze aus dem Beitrag: «In der Vergangenheit herrschte die Auffassung, dass es in unserem Land ohne Klassengegensätze auch keine Streiks als Mittel des Klassenkampfes geben könne.» Wenn das die Auf-

fassung der Vergangenheit ist: hat man sie abgeschafft, und was ist die Auffassung der Gegenwart?

Oder: «Die Arbeiter müssen sich selber schützen, denn die Bürokratie vermag, wie wir wissen, sämtliche sozialen Rechte auszulöschen, wie weit sie auch immer gespannt sein mögen.»

★

Wer früher diese Einsicht verbreitet hätte, wäre dafür ins Gefängnis gekommen. Aber was heisst hier schon «wäre»? Viktor Klebanow, der vor ein paar Jahren mit der Gründung einer freien Gewerkschaft die Arbeiter zum Selbstschutz gegen die Bürokratie anhalten wollte, ist dafür tatsächlich ins Gefängnis gekommen und sitzt noch heute drin. Zum Teil noch schlimmer ist es seinen Mitstreitern ergangen, von denen einige umgekommen sind. Da wären noch etliche Konsequenzen zu ziehen. Dass die verfrühten Einsichten der Dissidenten heute in den öffentlichen Medien zum Ausdruck kommen, ist aber trotzdem gut. ■



Gedenkstein in der Potsdamer Chaussee

am Autobahnverteiler «Kleeblatt»
der Berliner AVUS

«Den russischen Offizieren und Soldaten, die sterben mussten, weil sie sich weigerten, auf die Freiheitskämpfer des 17. Juni zu schießen.»

Diese Bildpostkarte ist immer aktuell! Erhältlich gegen Voreinsendung des Betrages von DM —.50 pro Stück (ab 10 Stück —.40) in deutschen Briefmarken, Postgutscheinen oder auf Postcheckkonto «Russland und wir», Frankfurt/M. 208 206-604, «Russland-und-wir»-Verlag, D-6380 Bad Homburg.

Bestellschein für ZEITBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 48.—
(Ausland sFr. 53.—/DM 64.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6

11/87